Stand: 19.11.2026 06:44:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/5322

"Keine Mithaftung untereinander - Bewährte Teilung der deutschen Einlagensicherung erhalten und Drei-Säulen-Struktur schützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/5322 vom 10.12.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 36 vom 11.12.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/6469 des WI vom 23.01.2020
4. Beschluss des Plenums 18/6601 vom 19.02.2020
5. Plenarprotokoll Nr. 41 vom 19.02.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 10.12.2019 **Drucksache 18/5322**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Keine Mithaftung untereinander - Bewährte Teilung der deutschen Einlagensicherung erhalten und Drei-Säulen-Struktur schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das bewährte Drei-Säulen-System aus Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Deutschland erhalten bleibt und eine Mithaftung der verschiedenen Einlagensicherungs- und Institutssicherungssysteme untereinander dauerhaft verhindert wird.

Begründung:

Ein kürzlich aufgetauchtes BMF – non-paper „Positionspapier zum Zielbild der Bankenunion“ (http://prod-upp-image-read.ft.com/d3117b58-ffbb-11e9-b7bc-f3fa4e77dd47) sieht vor, die deutschen Einlagensicherungssysteme im Bedarfsfall zusammenzuschalten (vgl. Fußnote S. 7). Der Bundesfinanzminister Olaf Scholz schlägt vor, dass die Systeme der unterschiedlichen Säulen im Entschädigungsfall füreinander haften sollen, bevor ein etwaig noch zu schaffendes europäisches Rückversicherungssystem greifen würde.

Durch die Hintertür würde damit die bewährte Teilung der Sicherungssysteme in Deutschland beseitigt und eine Haftungsverschränkung eingeführt. Dies hätte zur Folge, dass die Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken z. B. für eine Schieflage der Deutschen Bank einstehen müssten.

Dabei verkennt der Vorschlag völlig, dass die auf Prävention ausgerichtete Institutssicherung der Volks- und Raiffeisenbanken und der Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe einer ganz anderen Philosophie folgen, als die auf Entschädigung der Einleger ausgerichtete Sicherungseinrichtung der privaten Banken.

Es wäre jedenfalls grotesk, wenn freiwillige Sicherungssysteme der einzelnen Bankengruppen, die über den gesetzlichen Schutz hinausgehen, verschränkt würden. Mittel, die der Solidarität der Genossenschaftsbanken und Sparkassen untereinander, damit dem Bestand der Institute und somit mittelbar dem umfassenden Schutz deren Kunden dienen, sollten nicht für die Entschädigung der Einleger anderer Bankengruppen herangezogen werden. Ein derartiges Vorgehen würde dem bewährten Drei-Säulen-System in Deutschland schaden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

steuer rumzudoktern, halte ich nicht für sonderlich sinnig. Deshalb werden wir uns da enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Kaltenhauser. – Für die Bayerische Staatsregierung hat Herr Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Vorwurf der Frau Aures muss einfach klargestellt werden. Wir als Freistaat Bayern haben in Berlin am 8. November im Bundesrat einen gleichlautenden Antrag vorgelegt und haben im Bundesrat halt keine Mehrheit gefunden. Die CSU und die Bayerische Staatsregierung sprechen in München und in Berlin mit gleicher Zunge, Frau Aures. Das ist eine falsche Behauptung, die Sie aufgestellt haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ganze Thema ist jetzt im Vermittlungsausschuss. Nachdem ich den Freistaat Bayern dort vertreten darf, habe ich das dort am Montag so, wie wir das möchten, mit eingebracht. Jetzt müssen wir halt verhandeln. Die GRÜNEN im Bayerischen Landtag verhalten sich zu dem Antrag sehr offen und stimmen zu. Wenn die GRÜNEN im Vermittlungsausschuss, insbesondere der Herr Kretschmann, dem Ganzen Unterstützung gewähren, bin ich noch optimistischer, als ich bisher schon war, dass wir das dort so vermitteln können, dass zum Schluss die Intention des Antrags genau so umgesetzt werden kann. Insofern bin ich sehr optimistisch, freue mich über diesen Antrag, werde persönlich auch zustimmen und danke.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/5316 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, CSU und die AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der SPD. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der FDP. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/5317 bis 18/5322 sowie 18/5392 und 18/5394 werden in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Bozoğlu und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten muss gemeinnützig bleiben – Beobachtung durch den Bayerischen Verfassungsschutz umgehend einstellen" auf Drucksache 18/5315 bekannt. Mit Ja haben 52 gestimmt. Mit Nein haben 122 gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 12 und 13** auf:

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 23.01.2020 **Drucksache** 18/**6469**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/**5322**

Keine Mithaftung untereinander - Bewährte Teilung der deutschen Einlagensicherung erhalten und Drei-Säulen-Struktur schützen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Manfred Eibl**
Mitberichterstatter: **Franz Bergmüller**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 18. Sitzung am 23. Januar 2020 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 19.02.2020 **Drucksache** 18/**6601**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**5322**, 18/**6469**

Keine Mithaftung untereinander – Bewährte Teilung der deutschen Einlagensicherung erhalten und Drei-Säulen-Struktur schützen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das bewährte Drei-Säulen-System aus Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Deutschland erhalten bleibt und eine Mithaftung der verschiedenen Einlagensicherungs- und Institutssicherungssysteme untereinander dauerhaft verhindert wird.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Tobias Gotthardt
Abg. Tim Pargent
Abg. Klaus Stöttner
Abg. Martin Böhm
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Annette Karl
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Mithaftung untereinander - Bewährte Teilung der deutschen Einlagensicherung erhalten und Drei-Säulen-Struktur schützen (Drs. 18/5322)

(Unruhe)

– Wenn im Plenarsaal mehr Ruhe einkehrt, dann kann ich die Aussprache eröffnen. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Der erste Redner ist der Abgeordnete Tobias Gotthardt für die FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollegen der AfD, ich war darüber erstaunt, dass Sie einen Antrag der FREIEN WÄHLER, der am 10. Dezember schon einmal im Plenum behandelt worden ist und am 23. Januar im Wirtschaftsausschuss einstimmig angenommen worden ist, noch mal ins Plenum hochgezogen haben. Zuerst war ich ein bisschen irritiert, aber dann habe ich mir gedacht, dass das eigentlich ein guter Plan ist. Das können Sie in Zukunft öfter machen. So kommen nämlich über Sie sinnvolle Anträge ins Plenum. Machen Sie ruhig weiter so, dann müssen Sie nicht Ihre eigenen Anträge hochziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kommen wir zum Thema: Im Dringlichkeitsantrag geht es konkret um das Positionspapier von Olaf Scholz zum Zielbild der Bankenunion. Olaf Scholz fordert in diesem Papier ein Ja zur europäischen Einlagensicherung und zur gegenseitigen Haftung in Deutschland. Er drängt im Grunde auf eine Auflösung des bewährten Drei-Säulen-Systems aus Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Olaf Scholz will

"im Zuge der stärkeren Marktintegration" die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der nationalen Einlagensicherungssysteme ausgleichen. – Schaffen wir doch erst einmal in allen europäischen Ländern solche Einlagensicherungssysteme, bevor wir den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Solange es in den Ländern kein eigenes nationales Sicherungssystem gibt, ergibt es keinen Sinn, über ein europäisches Sicherungssystem zu sprechen.

Es geht weiter im verbalen Gruselkabinett: Scholz will grenzübergreifend eine "Liquiditätsbereitstellung für marode Banken" einführen. Er will eine "begrenzte Verlusttragungskomponente" und "gemeinsame Insolvenz- und Abwicklungsmechanismen" in Europa.

Der Inhalt dieses Papiers von Herrn Scholz ist für unsere kleinen und starken Banken in Deutschland und Bayern verheerend. Diese Vorschläge tragen wir nicht mit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gerade die Genossenschaftsbanken und Sparkassen sind die tragende Säule der Mittelstandsfinanzierung in Bayern. Wir brauchen diese genauso wie unsere regionalen Finanz- und Finanzierungsmärkte. Diese wollen wir schützen. Wir wollen keine irrsinnigen Vorhaben auf europäischer Ebene unterstützen. Es existieren hervorragende, erfolgreiche und funktionierende Kontrollsysteme innerhalb der Genossenschaftsbanken und Sparkassen. Es wäre verheerend, wenn wir diese für ein nicht funktionierendes europäisches System aufgeben würden.

Prävention ist das große Stichwort bei den Genossenschaftsbanken und Sparkassen. Im europäischen Modell, welches Herr Scholz bevorzugt, sehe ich diese Art von Prävention nicht. Es wäre verheerend, wenn unsere kleinen Banken, die nachweislich nicht schuld an den großen Krisen in Europa waren, in Zukunft die Risiken deutscher Großbanken oder südeuropäischer Banken tragen und dafür haften müssten. Diesen Weg gehen wir nicht mit.

Auffällig ist im Übrigen, dass Olaf Scholz für diesen Plan allenfalls Rückendeckung von Frankreichs Präsident Macron erhält. Ich nehme es dem französischen Präsidenten nicht übel, aber man darf hinsichtlich seiner Motivation nicht blauäugig sein. Ihm geht es darum, die französischen Banken zu unterstützen. Diese tun sich gerade aufgrund der starken Genossenschaftsbanken und der funktionierenden Sparkassen schwer, einen Fuß auf den deutschen Markt zu bekommen. Die Unterstützung der französischen Banken mag sein Ziel sein. Das kann aber nicht unser Ziel sein. Wir wollen unsere Banken stärken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gegen das Argument, dass wir aus den Krisen auf eine europäische Art und Weise lernen müssten, ist zu sagen, dass es auf europäischer Ebene längst ein Sicherungssystem für die Großbanken, die damals die Schuld an der Krise getragen haben, gibt. Es gibt keinen Grund, dieses System auf die kleinen Banken auszuweiten. Die Zerstörung der regionalen Märkte im Bereich der Finanzierung werden wir nicht mittragen. Wir haben etwas ganz anderes im Sinn. Wir wollen unsere Banken stärken. Wir werden sie auch vor anderen Angriffen auf europäischer Ebene, beispielsweise im Bereich der Taxonomie, schützen. Wir wollen unsere Banken erhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der FREIEN WÄHLER enthält zwei Punkte. Der erste Punkt ist das Bekenntnis zum Drei-Säulen-System des deutschen Finanzmarktes, bestehend aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken. Dahinter können wir uns guten Gewissens stellen. Die Diversifizierung des deutschen Bankensystems ist wichtig und richtig. Der zweite Punkt sind die drei Sicherungssysteme, die diese drei Säu-

len im Moment haben. Diese sollten in ihrer Haftung nicht untereinander verschränkt werden. Das ist im Moment richtig, solange in Deutschland und auf europäischer Ebene hierfür kein größeres System existiert. Deshalb können wir den Punkten zustimmen.

Aber ich muss dennoch etwas Wasser in den Wein kippen. Ihr Antrag reißt nämlich das Thema völlig aus dem Kontext, und Sie klären nicht auf, warum die Debatte um eine europäische Rückversicherung überhaupt notwendig ist. Deswegen möchte ich Sie an die Finanzkrise der Jahre 2007, 2008 und 2009 erinnern. Damals sind verschiedene Banken – kleinere, größere, nicht nur Privatbanken, auch die Bayerische Landesbank – in den Strudel geraten und pleitegegangen. Das Ende vom Lied war, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eingreifen mussten. Damit künftig keine Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mehr für die Ausfälle von Banken bezahlen müssen, debattieren wir darüber, wie wir ein Rückversicherungssystem – neben Einlagen, Eigenkapitalquoten, Abwicklungsmechanismen – für Einlagen auf europäischer Ebene basteln können. Das steht im Moment zur Debatte. Dafür bieten Sie keine Lösung an. Für eine Regierungsfraktion, die noch dazu den Wirtschaftsminister stellt, ist ein Antrag, in dem Sie nur darüber sprechen, was Sie nicht wollen, ein relativ schwaches Arbeitszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass die AfD-Fraktion den Antrag nun ins Plenum hochgezogen hat, setzt dem Ganzen die Krone auf. Ich finde den Scholz-Plan nicht den Knaller. Was mit dem Plan lanciert würde, finde ich nicht ideal. Aber er hat wenigstens einen Vorschlag vorgelegt. Damit ist er Ihnen einen Vorschlag voraus. Sie haben nämlich in den Antrag nur geschrieben, was Sie nicht haben wollen. Ich möchte Ihnen nun sagen, wie wir uns vorstellen, dass Steuerzahlerinnen und Steuerzahler künftig nicht mehr für die Ausfälle und Pleiten von Banken in der Europäischen Union haften müssen. Die Banken sollen das künftig über ihre eigenen Sicherungssysteme, die dann wieder rückversichert werden können, lösen. Das ist im Moment der Plan. So kann es gelingen.Eine solche

Rückversicherung kann nach den jetzigen Vorstellungen – das ist das Wesen einer Rückversicherung – nur dann greifen, wenn die eigentliche Versicherung, nämlich die nationalen Sicherungssysteme – die in manchen europäischen Ländern noch verbessert werden könnten, ohne Frage – ausgereizt sind.

Nun stellt sich die Frage, wie wir unser bewährtes Drei-Säulen-System mit diesem europäischen Rückversicherungssystem verquicken, wie wir da andocken können. Dafür ist der Scholz-Vorschlag nicht der beste, da stimme ich zu. Deswegen können wir dem Antrag auch zustimmen. Aber wir müssen dafür eine Lösung finden, indem wir zum Beispiel ein weiteres nationales Sicherungssystem einrichten. In dieses System könnten die Banken dann nicht mehr nach der Höhe der Einlagen, die sie dort versichern, einzahlen. Sie könnten vielmehr danach einzahlen, wie hoch das Risiko ihres Geschäftsmodelles ist. Privatbanken müssten dann deutlich stärker vorsorgen als Sparkassen oder Genossenschaftsbanken, je nachdem, wie stark risikobehaftet ihre Modelle sind. Das wäre ein Weg, um einen solchen hier aufzuzeigen.

Fazit: Für den Schutz der Sparerinnen und Sparer, aber auch der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Europa brauchen wir langfristig ein Rückversicherungssystem für die Einlagen- und die Institutssicherung. Wir müssen eine Lösung finden, wie wir unser bewährtes Drei-Säulen-System erhalten und es kompatibel gestalten, damit auch die Privatbanken in Deutschland über dieses Sicherungssystem künftig rückversichert werden können. Dafür rate ich den FREIEN WÄHLERN, sich künftig konstruktiver an der Debatte zu beteiligen oder sie den Ebenen zu überlassen, die dafür zuständig sind, nämlich die Bundes- und die europäische Ebene. Dann laufen die FREIEN WÄHLER auch nicht Gefahr, dass die AfD ihre Anträge hochzieht und diese – wie es jetzt wahrscheinlich gleich kommen wird – für antieuropäische Stimmungsmache missbraucht. Die EU-Einlagenrückversicherung, die hier eingeführt wird, wird für den Schutz der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bei künftigen Bankenpleiten eingeführt. Das ist das Ziel.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wir sind die wahren Europäer!)

Wer sagt, wir lehnen das EU-Rückversicherungssystem ab, der kann auch gleich sagen: Künftig werden wieder die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Pleite übernehmen. Ich glaube, das ist nicht der Weg, den wir uns vorstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Klaus Stöttner. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Klaus Stöttner (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss dem Vorredner Herrn Pargent recht geben, denn das Thema noch einmal hochzuziehen, obwohl wir uns im Wirtschaftsausschuss einstimmig einig waren, dass wir unser Drei-Säulen-System im Grunde erhalten wollen, das ist nicht selbstverständlich. Ich war sehr überrascht, und ich habe auch mit den Kollegen von der AfD darüber gesprochen. Die waren auch sehr überrascht.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Bei der AfD darf jeder reden, wenn er sagt, das Thema findet er gut.

(Heiterkeit bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich freue mich schon auf die Wortmeldung des – –

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wir sind basisdemokratisch! Bei uns dürfen die normalen MdL noch mitbestimmen!)

Meine Damen und Herren, erinnern wir uns an das Jahr 2008 und die Finanzkrise. ABS-Papiere, die deutschen Banken verkaufen Kredite in Paketen. Wer ist da nicht dabei gewesen? – Meine, eure, unsere Raiffeisenbanken, unsere lokale Sparkasse. Wer kann sich noch erinnern, dass im Jahr 2005/2006 in Europa unser Genossenschafts- und Sparkassensystem wegen der Gewährträgerhaftung und der Haftung der Genossenschaftsanteile als Rücklage massiv kritisiert wurde? – Nach der Finanzkrise

2008 hat keiner mehr daran gerüttelt, dass unser deutsches, auch von Bayern sehr geprägtes Drei-Säulen-System ein stabiles System ist, bei dem sich die Banken an den Bedürfnissen der Kunden orientieren.

Wir als CSU unterstützen das Kernanliegen dieses Dringlichkeitsantrags in vollem Umfang. Der säulenübergreifenden Haftung für die Einlagensicherung widersprechen wir im Prinzip deutlich. Wir sind der Meinung, dass die Institutssicherungssysteme der Genossenschaftsbanken und Sparkassen geschützt werden sollen. Wir alle wissen, dass die Problematik der Finanzkrise aus dem Investmentbanking heraus entstanden ist. Bei unseren Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben wir aktuell über 14 %,15 % bis hin zu 20 % Eigenkapital hinterlegt. Das können die Investmentbanken in keiner Weise durch Sparer oder durch Einlagen nachweisen. Die säulenübergreifende Haftung würde das Prinzip der Einheit von Handlung und Haftung eklatant verletzen. Das Non-Paper des Bundesfinanzministers würde dieses System komplett außer Acht lassen. Wir denken, es ist richtig, den Schutz dieser drei Säulen aufrechtzuerhalten.

Nichtsdestoweniger ist das Anliegen eines Einlagensicherungsfonds zum Schutz der Steuergelder und unserer deutschen Steuerzahler berechtigt. Das Konzept, an den Sparkassen und Genossenschaftsbanken vorbeizugehen, widerspricht aber unserer Grundhaltung. Deshalb werden wir als regierende Partei mit den FREIEN WÄHLERN diesen Antrag natürlich unterstützen. Er wurde im Wirtschaftsausschuss auch einstimmig auf den Weg gebracht. Wir sind gespannt, was zu diesem Antrag noch zu diskutieren ist. Vielen Dank für die Unterstützung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Martin Böhm.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag aus der wahrhaft bürgerlichen Mitte umfasst zwei wichtige Themenfelder, die die Zukunft des Sparens bestimmen. Genau deshalb, lieber Herr Kollege Gotthardt, haben wir den Antrag heute hochgezogen. Das eine ist die Forderung, die Drei-Säulen-Struktur unserer Bankenlandschaft zu bewahren und so die säulenbezogene Gestaltung unserer nationalen Einlagensicherung beizubehalten. Die in Ihrer guten Begründung kritisierte Haltung des Bundesfinanzministeriums, das nun eine säulenübergreifende Verschränkung der Haftung fordert, wird nur noch durch dortiges Ereifern für das System der EU-Einlagensicherung übertroffen.

An bewährte Systeme mittels der EU die Axt anzulegen, ist das andere Themenfeld und hauptsächlicher Inhalt des zitierten BMF-Non-Paper, das vor linker Trivialität nur so strotzt. Auch die Bankenunion ist ein Drei-Säulen-Modell, bei dem die EU-Einlagensicherung die fehlende Säule ist. Vollendet würde sie zum Haftungsgrab des deutschen Sparers.

Beide Themenbereiche sind eng miteinander verbunden, denn Anlegerschutz gab es in Deutschland schon lange, bevor EG- und EU-Richtlinien ab 1994 immer höhere Sicherungssummen von den Mitgliedstaaten verlangten: Richtlinien, die viele EU-Länder bis heute nicht in nationale Bestimmungen umsetzen.

Zudem bevorzugen viele Länder Ex-post-Lösungen. Die anderen zahlen erst nach einer Bankenpleite in das System ein, wenn sie dann noch liquide sind. Deutschland bevorzugt die Ex-ante-Lösung, also zu guten Zeiten einen regelmäßigen Beitragsfluss Richtung Bankenverband. Das betrifft deutsche Privatbanken. Genossenschaftsbanken und Sparkassen sichern Einlagen unbegrenzt über die Sicherungsfonds ihrer Organisationen. Diese Sicherungsmechanismen sind bisher der gesetzlichen Einlagensicherung gleichgestellt. Die dezentrale Struktur der Sparkassen begünstigt die Kundennähe lokaler Institute und überlässt nur die großen Dinge der zentralen Orga-

nisation. Das ist wirklich gelebte Subsidiarität. Die Struktur der Genossenschaftsbanken verbindet Elemente einer Kapitalgesellschaft mit denen eines Vereins und schafft so die stabilisierende Personengleichheit von Eigentümern und Kunden. Diese beiden Säulen des Bankensystems orientieren sich nicht am Wohl der Aktionäre, sondern am Wohl der Bürger.

Das BMF-Pamphlet spricht von makroökonomischen Vorteilen bei der Überwindung der hier bestehenden Marktfragmentierung. Grenzüberschreitende Investitionen würden nationale Risiken verringern, und Konsumenten erhielten günstigeren Zugang zu Finanzierungen. – So ein Schmarrn. Gerade kleine und nicht primär gewinnorientierte Banken meiden das Risiko. Seit 2008 ist die Eigenkapitalrentabilität der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken durchgehend und signifikant höher als die der Großbanken. Sie handeln also risikomeidend und systemstabilisierend.

(Horst Arnold (SPD): Zehn Milliarden Euro Schutzschirm!)

Zudem blendet das Bundesfinanzministerium aus, dass unser Drei-Säulen-Modell ein essenzieller Teil des deutschen Sozialkapitals ist und wir alle nur so zuverlässige und regionale Partner haben. Unsere Bürger vertrauen auf den Schutz ihrer Ersparnisse durch die Parlamente. Lassen Sie uns Vertreter des bürgerlichen Lagers gemeinsam dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl für die SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Gotthardt, Sie mögen den Antrag nicht hochgezogen haben, Sie haben ihn aber für einen billigen Wahlkampfauftakt benutzt.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Also! – Lachen bei der AfD)

Sie wissen ganz genau, dass das Non-Paper, auf das sich dieser Antrag bezieht, ein Non-Paper des Wirtschaftsministeriums und kein offizieller Vorschlag unseres Finanzministers ist. Wir haben in einer sehr sachlichen Debatte im Wirtschaftsausschuss alle gesagt, dass dieser erste Vorschlag des Finanzministeriums nicht das Gelbe vom Ei sei. Wir haben diesem Antrag deshalb alle zugestimmt. Ich finde es nicht angemessen, daraus jetzt eine Kampfrede gegen den Finanzminister zu machen.

Was alles andere angeht, verweise ich auf den Kollegen der GRÜNEN. Ich kann mich seinen Ausführungen anschließen. Wir werden dem Antrag dennoch zustimmen, ich bitte Sie aber in Zukunft um einen anderen Umgang mit Anträgen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Karl. – Nächster Redner ist Herr Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie soll man anfangen? – Und täglich grüßt das Murmeltier. Ich habe über zwei Jahrzehnte im Bankenwesen gearbeitet und weiß nicht, wie viele Papiere und Stellungnahmen ich zu den Themen Drei-Säulen-Modell und Bankensicherung geschrieben habe. Diese Themen kamen – sozusagen beratungsresistent – immer wieder hoch.

Kommen wir zum Thema Dreigliedrigkeit unseres Bankensystems. Ich meine, diese Dreigliedrigkeit hat sich bewährt. Es hat sich gezeigt, dass die Dreigliedrigkeit auch in der Finanzkrise für einen guten Ausgleich gesorgt hat. Sparkassen und Genossenschaften hatten regionalpolitisch eine gewisse Ausgleichsfunktion. Diese Diversität des Systems hat zweifellos bestimmte Vorteile.

Ich lege großen Wert darauf, dass dieses Drei-Säulen-System nicht in Stein gemeißelt ist. Die Politik hat sich in dieses System aber nicht einzumischen; es geht sie nichts an. Wenn sich dieses System entweder konsolidiert oder zu einer anderen Form wandelt, dann ist es eben so. Wir müssen eine Grundversorgung sicherstellen. Wir müs-

sen die Möglichkeit haben, am Weltmarkt zu agieren. Es ist gut, dass wir eine Grundversorgung für den einzelnen Bürger haben. Die Politik soll sich hier aber bitte nicht einmischen.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Eine Nebenbemerkung, die ich mir hier nicht verkneifen kann: Ich habe in meinem "Bankenleben" von ausländischen Kollegen oft die Frage gehört, warum die Deutschen ihre Probleme immer nach Europa tragen. Ein schönes Beispiel war die Diskussion um Gewährträgerhaftung und Anstaltslast, bei der man sich in Deutschland zwischen privaten Banken und Landesbanken offenbar nicht einigen konnte, sodass man das ganze Thema nach Europa getragen hat. Das hat zu einer Befristung geführt. In der Folge haben die Landesbanken schnell noch einen Haufen Geld aufgenommen und angelegt. Das hat die ganze Finanzkrise noch erheblich beschleunigt, weil die Banken nämlich Geld hatten, das unbedingt angelegt werden musste. – Es ist unverständlich, dass man das so gemacht hat.

Jetzt passiert mit dem Sicherungssystem offenbar wieder so etwas Ähnliches. Statt unsere Hausaufgaben zu machen und eine sinnvolle Lösung zu finden, versuchen wir in vorauseilendem Gehorsam wieder, irgendwelche Aufrechnungen – ich nenne das mal ganz bewusst Gleichschaltung von Sicherungssystemen – für Europa zu machen. Das ist überhaupt nicht zwingend, das ist im Moment überhaupt nicht notwendig. Sie sagen, es habe sich um ein Non-Paper gehandelt, offenbar gehen Ihre Gedanken in diese Richtung. Das ist schon ein Zeichen. Die anderen Länder wären natürlich froh, wenn sie auf unsere Sicherungssysteme zurückgreifen könnten.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Die Sicherungssysteme in den einzelnen Bankensystemen sind unterschiedlich. Die einen zielen auf Einlagensicherung, die anderen auf Institutserhaltung. Das sind ganz verschiedene Dinge, die man nicht einfach zusammenschmeißen kann; man kann dafür nicht

alles Sicherungsgeld, das irgendwo vorhanden ist, heranziehen. Übrigens gibt es auch heute schon politische Instrumente. Das Bankentestament ist vorher schon zitiert worden. Es gibt auch Einlagensicherungssysteme. Es gibt auch die Aussage der Kanzlerin, die Einlagen seien bis zu einem bestimmten Grade sicher.

Eins muss man klarstellen: Solche Sicherungen machen nur Sinn, wenn Risiko und Haftung zusammenbleiben. Wenn ich anfange, das gegeneinander aufzurechnen, dann haftet jemand – möglicherweise in einem anderen Bankensystem, vielleicht sogar im EU-Ausland – für Dinge, für die er nicht bezahlt hat und für die er auch nicht einstehen muss. Das ist das alles Entscheidende. Die heutige Struktur garantiert, dass Risiko und Haftung zusammenbleiben. Also kann ich nur sagen: Lasst die Finger davon!

Einen Punkt möchte ich jetzt noch anmerken. Auch wenn es ein Non-Paper war, scheint mir aber eine gewisse Beratungsresistenz vorzuliegen. Ich habe während der Finanzkrise eine Diskussion mit Herrn Steinbrück gehabt. Herr Steinbrück hat den Banken damals zugehört und ihnen recht gegeben. Er könne das politisch aber nicht machen, sondern müsse es genau andersherum machen. Es kommt mir jetzt ein bisschen vor, als hätten wir dasselbe noch einmal.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Kaltenhauser!

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Also, lasst bitte die Finger davon. Es besteht wirklich keine Notwendigkeit, hier aufzurechnen. Insbesondere besteht keine Notwendigkeit, ein Fass aufzumachen. Nicht, dass ausländische Banken auch noch auf unsere Sicherungen zurückgreifen können!

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Dr. Kaltenhauser. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir

kommen zur namentlichen Abstimmung. Die Wahlurnen sind bereitgestellt. Die Abstimmung ist eröffnet. Sie haben für die Stimmabgabe fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18:26 bis 18:31 Uhr)

Die fünf Minuten sind zu Ende. Die Abstimmung ist damit geschlossen. Die Auszählung der Stimmkarten wird außerhalb des Plenarsaals durchgeführt. Das Abstimmungsergebnis wird später bekannt gegeben.

(Unruhe)

Wenn die Abgeordneten die Höflichkeit hätten, wieder auf ihren Sitzen Platz zu nehmen, würden wir die Plenarsitzung fortsetzen. Je schneller wir das tun, desto früher ist Feierabend. – Danke schön.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Streibl, Dr. Mehring, Pittner und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Keine Mithaftung untereinander – Bewährte Teilung der deutschen Einlagensicherung erhalten und Drei-Säulen-Struktur schützen" auf Drucksache 18/5322 bekannt. Mit Ja haben 153 gestimmt, mit Nein haben 0 gestimmt, Stimmenthaltungen: 1. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 19.02.2020 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Keine Mithaftung untereinander - Bewährte Teilung der deutschen Einlagensicherung erhalten und Drei-Säulen-Struktur schützen (Drucksache 18/5322)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes	X		
Becker Barbara			
Beißwenger Eric	X		
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex	X		
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert	X		
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard	X		
Eibl Manfred	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Enders Susann	X		
Enghuber Matthias	X		
Fackler Wolfgang	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Faltermeier** Hubert	X		
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander	X		
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans	X		
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Ganserer Tessa	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias	X		
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra	X		
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang	X		
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes	X		
Högl Petra	X		
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			
König Alexander	X		
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald			
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra	X		
Ludwig Rainer			
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut	X		
Dr. **Mehring** Fabian	X		
Dr. **Merk** Beate	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter	X		
Dr. **Oetzinger** Stephan	X		
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold	X		
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard	X		
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna			
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland	X		
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas	X		
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	153	0	1